

# Systemwechsel statt Klimawandel!



Wir schwänzen den Unterricht, um Euch etwas beizubringen

Foto: Lisa Meier

- Dr. Michael Westphal • Manfred Sohn • Lydia Krüger
- Jacqueline Andres • Prof. Dr. Gerhard Oberkofler • Fidel Castro

## **Inhalt**

Dr. Michael Westphal <b>Eine Klimakatastrophe ist nur durch sofortiges Umlenken zu verhindern</b>	<b>1</b>
Manfred Sohn <b>Fünf nach zwölf</b>	<b>3</b>
Lydia Krüger <b>Das Klima retten, nicht die Konzerne!</b>	<b>5</b>
Jacqueline Andres <b>Profi-Klimakiller</b>	<b>8</b>
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler <b>Ökologie, Klimawandel und Nachhaltigkeit</b>	<b>10</b>
Fidel Castro <b>Der Menschheit droht die Selbstzerstörung</b>	<b>13</b>

# Eine Klimakatastrophe ist nur durch sofortiges Umlenken zu verhindern

Gibt es einen Klimawandel? Natürlich! Zum Beispiel waren vor 12 000 Jahren große Teile Nord- und Mitteleuropas von riesigen, mehrere Kilometer mächtigen Gletschern bedeckt. Diese vom skandinavischen Gebirge kommenden Gletscher haben die Oberfläche nachhaltig überformt und riesige Felsen von einigen hundert Tonnen Gewicht mitgebracht und in Mitteleuropa abgelagert. Auch waren einst große Teile der heutigen Bundesrepublik Deutschland von tropischen Sumpfwäldern bedeckt, die sich dann über eine Jahrmillionen währenden Prozeß in Braunkohle verwandelten. Das Klima ist nichts Statisches, sondern in ständiger Bewegung. Es ist etwas sich ständig Wandelndes. Das Klima befindet sich, wie alles andere auch, in ständiger Entwicklung. Insofern ist das Wort „Klimawandel“ irreführend. Wir sollten einfach von „Klima“ sprechen, in dem Bewußtsein, daß es sich dabei eben um etwas sich in Veränderung Befindliches handelt. Vor dem Hintergrund unserer im erdgeschichtlichen Maßstab kurzen Lebensspanne bezeichnen wir mit „Klima“ einen quasistationären Zustand. Es ist der mittlere Zustand der Atmosphäre an einem bestimmten Ort über eine längere Zeit. Im Gegensatz dazu bezeichnen wir mit Wetter den Zustand der Atmosphäre zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort.

## Quasistationärer Zustand

Wenigstens dreißig Jahre lang müssen meteorologische Größen wie Temperatur, Niederschlag, Luftfeuchtigkeit, Strahlung sowie Windgeschwindigkeit und Richtung an einem bestimmten Ort beobachtet werden, um daraus tatsächlich das Klima ableiten zu können. Seit 1880 werden in einem weltweiten Netz von Klimastationen Klimadaten gesammelt, und es liegen seitdem für Land- und Meeresstationen Meßreihen vor. Aufgrund dieser Daten sowie der Katalogisierung der entsprechenden Vegetation wurden die Klimate der Erde klassifiziert. Zum Beispiel befindet sich die Bundesrepublik Deutschland in der kühlgemäßigten Klimazone im Übergangsbereich zwischen ozeanischem und kontinentalem Klima. Laubmischwälder sind dafür typisch. Was meinen wir dann aber mit „Klimawandel“? Im allgemeinen wird darunter verstanden, daß sich das Klima, dieser quasistationäre Zustand der Atmosphäre, in einer Weise verändert, wie es dem über Jahrtausende durch leichte Schwankungen gezeichneten Rahmen nicht mehr entspricht, sich also das Klima in einer in der Geschichte der Menschheit beispiellosen Weise und Geschwindigkeit verändert. Darüber hinaus wird unter dem Wort „Klimawandel“ noch verstanden, daß der Mensch für diese Veränderung verantwortlich ist, was dann mitunter zu solch abstrusen Wortneubildungen wie „Klimaleugner“ oder „Klimaskeptiker“ führt. Diese Veränderung des bereits seit mehreren Jahrtausenden währenden quasistationären Zustands verläuft heute in einem derart rasanten Tempo, daß dies nicht nur die Biosphäre, sondern insbesondere die Menschheit in einem Maße überfordern wird, wie es sich viele von uns kaum vorstellen können.

Können wir diesen „Klimawandel“ überhaupt wahrnehmen, oder ist das nur eine akademische Frage für Wissenschaftler mit den entsprechenden Meßinstrumenten, die dann erst nach langer Zeit eine Aussage dazu treffen können? Blicken wir auf unser eigenes Leben zurück, in die vergangenen 20, 30 oder 40 Jahre. Das Klima veränderte sich spürbar in einer Zeitspanne, die nur einem Bruchteil der über Jahrhunderte, ja sogar zum Teil Jahrtausende währenden Lebensspanne von Bäumen entspricht. Wir erleben Winter ohne Schnee, einen immer zeitigeren Frühlingsbeginn. Immer häufiger blühen Frühlingsblüher in den „klassischen“ Wintermonaten. Hinzu kommt eine frühere Fruchtreife in der Landwirtschaft. Alle paar Jahre erleben wir Jahrhundertfluten oder Jahrhundert-



niedrigwasser, Stürme und sturzflutartige Regenfälle oder Dürren in unbekanntem Ausmaß. Der Wasserverbrauch muß immer häufiger rationiert werden, da der Grundwasserstand zu niedrig ist oder sich in den Flüssen zuwenig Wasser befindet. Kraftwerke müssen heruntergefahren werden, da die Flüsse so warm sind, daß eine weitere Aufnahme von Abwärme den Sauerstoffgehalt des Flußwassers für die flußbewohnenden Organismen lebensbedrohlich senken würde. Es entstehen Transportengpässe, da die Pegelstände der Wasserwege über längere Zeit zu niedrig sind. Uns begegnen in Mitteleuropa Tiere und Pflanzen aus anderen Regionen der Erde, die wir vor wenigen Jahren noch gar nicht kannten. Wir sehen häufigere und länger anhaltende „Acqua alta“ (Hochwasser) in Venedig und häufigere und länger anhaltende Sturmfluten in Miami. Immer mehr Küstenorte zum Beispiel in Indonesien werden unbewohnbar, weil das Meer einfach nicht mehr zurückweicht. Mehrere Hitzewellen pro Jahr fordern allein in Europa regelmäßig Tausende Todesopfer, und das sogenannte ewige Eis in den Hochgebirgen und der Arktis schmilzt in nie gekannter Geschwindigkeit. Die gesammelten Meßwerte bestätigen



unsere eigene Beobachtung. Die globale Durchschnittstemperatur ist seit 1880 bis 2018 um ein Grad Celsius angestiegen. Dabei liegen die 20 wärmsten Jahre in den letzten 22 Jahren. Die fünf wärmsten Jahre waren die letzten fünf, 2016 war überhaupt das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Die globale Erwärmung ist eine Tatsache, und sie ist de facto mit natürlichen Ursachen nicht erklärbar. Analysen der weltweiten Klimastatistiken ergaben, daß eine Wahrscheinlichkeit von weniger als fünf Prozent besteht, daß diese Erwärmung natürlichen Ursprungs ist. Wenn wir auf einer Zigarettenschachtel den Hinweis lesen: „Rauchen verursacht neun von zehn Lungenkarzinomen“, kämen wir nie auf die Idee, dies als Beleg dafür anzusehen, daß Rauchen nicht gesundheitsschädlich ist. Beim Klimawandel hingegen wird von manchem diese verbliebene „Restunsicherheit“ als „Beweis“ angeführt, daß die Menschheit nicht für den gegenwärtigen Klimawandel maßgeblich verantwortlich sei.

Heute ist es auf der Erde bereits so warm wie seit 120 000 Jahren nicht mehr. Der damalige relativ kurze Abschnitt während der sogenannten Eem-Warmzeit war überhaupt der wärmste in den vergangenen drei Millionen Jahren. Woher wir das wissen? Wir wissen es aufgrund Hunderter voneinander unabhängiger Untersuchungen Tausender Wissenschaftler in den vergangenen Jahrzehnten, zum Beispiel durch die Analyse jahrtausendealter See- und Meeressedimente, aus der Untersuchung von Baumringen alter Bäume und von Bäumen, die in Sümpfen oder unter Gletschern konserviert wurden. Wir wissen es aus Isotopenuntersuchungen von Luftblasen in Eisbohrkernen und dem Verbreitungsgebiet bestimmter Fossilien. All diese Untersuchungen vervollständigten in den vergangenen Jahrzehnten zusehends ein Bild der globalen Klimageschichte.

### Zu viele Gase

Aber warum wird es auf der Erde immer wärmer? Eine Zunahme der Sonnenaktivität ist nicht zu verzeichnen. Sie erreichte Ende der 50er Jahre ihr Maximum und nahm besonders in den vergangenen zwanzig Jahren ab. Auch veränderte sich die kosmische Strahlung kaum. Ist daher für die beobachtete Erwärmung tatsächlich der Mensch verantwortlich? Kann der Mensch überhaupt das Klima beeinflussen? Es wäre wissenschaftlich völlig unhaltbar zu behaupten, daß der Mensch das Klima nicht beeinflußt. Denken wir nur an die zunehmende Flächenversiegelung, die weltweite Entwaldung durch Brandrodung und Abholzung, die Veränderung der Oberfläche durch Verkehrsflächen wie Autobahnen oder Flugplätze. Denken wir an Palmölplantagen, die bis zum Horizont reichen, oder Braunkohletagebaue. Schon allein durch diese Eingriffe werden Wasserhaushalt und Reflexionsvermögen der Erde und damit das Klima verändert.

Aber inwieweit spielt die Veränderung der Zusammensetzung der Atmosphäre eine Rolle? Als Anschauungsobjekt soll uns hierbei ein Himmelskörper dienen, der die gleiche Entfernung von der Sonne besitzt wie die Erde: der Mond. Er besitzt keine Atmosphäre. Demzufolge existiert eine große Schwankung zwischen den Temperaturen in der Nacht und tagsüber. Auf dem Mond steigen am Tag die Temperaturen auf bis zu plus 130 Grad Celsius, nachts dagegen sinken sie auf bis zu mi-



Klima-Marsch am 29. April 2017 in Washington

nus 160 Grad Celsius. Im Mittel liegt die Temperatur auf der Mondoberfläche also weit unter dem Gefrierpunkt. Durch eine Atmosphäre würde die Schwankung zwischen Tag- und Nachttemperatur gedämpft werden. Am Tag wäre es auf dem Mond nicht so heiß und in der Nacht nicht so kalt. Je nachdem, wie dicht die Atmosphäre ist, wäre die Schwankung der Temperatur eher größer oder kleiner. Die Durchschnittstemperatur von weit unter null Grad Celsius bliebe aber erhalten. Wie kann es dann aber sein, daß die Durchschnittstemperatur auf der Erde weit über dem Gefrierpunkt liegt, gegenwärtig bei etwa plus 15 Grad Celsius? Der Grund dafür ist, daß in der Erdatmosphäre in geringer Konzentration Gase existieren, die die Wärmeabgabe in den Weltraum dämpfen. Stickstoff, der Hauptbestandteil der Luft, sowie Sauerstoff und Argon, die insgesamt fast einhundert Prozent der Erdatmosphäre ausmachen, gehören nicht zu diesen Gasen. Die Gase, die für die entsprechende Erwärmung sorgen, sind nur in geringer Konzentration in der Atmosphäre enthalten. In erster Linie ist es der atmosphärische Wasserdampf, der etwa für zwei Drittel des natürlichen Treibhauseffekts sorgt, gefolgt von Kohlendioxid, dem vierthäufigsten Bestandteil der trockenen Luft, sowie Methan und Distickstoffoxid (Lachgas). Die kurzwellige Sonnenstrahlung fällt auf die Oberfläche unseres Planeten und wird in langwellige Infrarotstrahlung (Wärmestrahlung) umgewandelt. Die atmosphärischen Spurengase Wasserdampf, Kohlendioxid, Methan und Distickstoffoxid absorbieren diese Infrarotstrahlung und geben einen Teil wieder in Richtung Oberfläche ab. Dabei erwärmen sich die Erdoberfläche und die bodennahe Atmosphäre. Daß die Gase Wasserdampf, Kohlendioxid, Methan und Distickstoffoxid tatsächlich Infrarotstrahlung absorbieren, wurde durch Laborexperimente immer wieder bestätigt und findet darüber hinaus seit Jahrzehnten als Meßprinzip in Meßgeräten zum Nachweis dieser Gase in unterschiedlichsten technischen Bereichen Anwendung.

### Wie vor 13 Millionen Jahren

Dieser Prozeß der Dämpfung der Wärmeabgabe in den Weltraum durch bestimmte Spurengase wirkte schon, lange bevor

es Menschen gab. Er wirkte auch, seitdem es Menschen gibt und diese aber noch nichts von Atomen, Molekülen oder Infrarotstrahlung wußten. Dieser Prozeß wirkt auch heute, egal ob wir ihn erkennen oder verstehen, ob wir ihn ignorieren oder leugnen. Es handelt sich dabei einfach um Naturgesetze, die nicht nur auf der Erde, sondern überall im Kosmos gültig sind, zum Beispiel auch auf den Planeten Mars oder Venus. Gäbe es diesen Prozeß nicht, wäre es auf der Erde so kalt wie auf dem Mond, und sie wäre ein gefrorener Eisklumpen.

Durch den Abbau, die Handhabung und insbesondere die Verbrennung der fossilen Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas wurden innerhalb weniger Jahrzehnte gewaltige Mengen gerade der Gase freigesetzt, die für eine erwärmte Erdoberfläche sorgen. Die Brandrodung und die damit einhergehende Bodenvernichtung setzten und setzen ebenfalls gewaltige Mengen an Treibhausgasen frei. Dabei ist gegenwärtig etwa ein Sechstel der durch die Menschheit verursachten Kohlendioxidemission der Brandrodung zuzurechnen. Während der Anteil von Wasserdampf in nur geringem Umfang durch die Menschheit verändert wurde, wurde der Anteil von Kohlendioxid seit Beginn der Industrialisierung um fast 50 Prozent erhöht. Aus Radiokarbonuntersuchungen wissen wir, daß ein großer Teil des Kohlendioxids aus der Verbrennung fossilen Kohlenstoffs stammt, da der Anteil des Kohlenstoffisotops  $^{14}\text{C}$  in der Atmosphäre immer weiter abnimmt. Heute ist etwa die Hälfte aller fossilen Kohlenstofflagerstätten der Erde ausgebeutet. Dabei wurde ein Großteil dieser Bodenschätze verbrannt. Wo ist nun dieser Kohlenstoff geblieben? Etwa ein Viertel wurde von den Pflanzen zu verstärktem Wachstum aufgenommen. Auch in den Ozeanen wurde etwa ein Viertel gelöst, wodurch die Meere zusehends versauern. Der Rest reicherte sich immer weiter in der Atmosphäre an. Der Anteil von Methan, das etwa zwanzigmal klimawirksamer ist als Kohlendioxid, hat sich in den vergangenen 250 Jahren mehr als verdoppelt, wobei allein in den vergangenen vier Jahrzehnten ein Anstieg von 20 Prozent zu verzeichnen ist. Der Anteil von Distickstoffoxid mit einem Erwärmungspotential des Dreihundertfachen eines Kohlendioxidmoleküls stieg um 20 Prozent, wobei die Hälfte des Anstiegs auf die vergangenen vier Jahrzehnte entfällt. Dazu kamen Gase, die zuvor in der Atmosphäre gar nicht existierten und ausschließlich durch den Menschen eingebracht wurden, wie zum Beispiel die Fluorchlorkohlenwasserstoffe mit Erwärmungspotentialen, welche die eines Kohlendioxidmoleküls um ein Mehrtausendfaches übersteigen.

Besorgniserregend dabei ist, daß die heutige Konzentration von Treibhausgasen einem Niveau entspricht, wie es auf der Erde zuletzt vor etwa 13 Millionen Jahren über längere Zeit vorlag. Damals war zum Beispiel die Arktis noch nicht vereist, und der Meeresspiegel lag mehrere Meter über dem heutigen Niveau. Die heutige globale Durchschnittstemperatur entspricht also nicht der heutigen Treibhausgaskonzentration. Die Klimaentwicklung ist der heutigen Treibhausgaskonzentration nachgelagert. Mit der Erhöhung der Konzentration von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre hat die Menschheit eine Erwärmung in Gang gesetzt, von der wir gegenwärtig erst den Anfang wahrnehmen. Ein Gleichgewichtszustand ist noch lange nicht erreicht.

Sollte die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau nicht unter zwei Grad Celsius bleiben, sind schwerwiegende Folgen für viele Ökosysteme zu erwarten sowie Wetterextreme in kaum zu bewältigendem Ausmaß. Darüber hinaus ist mit Rückkopplungseffekten zu rechnen, die das Klima weiter anheizen, wie zum Beispiel dem verstärkten Auftauen des Permafrostbodens und der damit verbundenen zusätzlichen Freisetzung von Kohlendioxid und Methan. Auch werden das Verschwinden der Eisflächen der Arktis sowie der Gebirgsgletscher und das dadurch verringerte Reflexionsvermögen der Erdoberfläche die Erwärmung weiter vorantreiben. Hierbei ist es völlig egal, wie wir persönlich zum Problem des Klimawandels stehen, ob wir es überhaupt als Problem ansehen. Es wirken einfach nur Naturgesetze. Wenn wir den über Hunderte von Millionen Jahren gebundenen Kohlenstoff weiter in dem hohen Maße verbrennen wie bisher und als Kohlendioxid in die Atmosphäre blasen, wird sich die Erdatmosphäre einfach weiter erwärmen mit den entsprechenden Folgen wie dem Anstieg des Meeresspiegels, Nahrungsmittelknappheit, Wasserknappheit, häufigeren und zerstörerischen Unwettern, der Ausbreitung von Krankheiten und Schädlingen. Auch die Zahl der Flüchtlinge wird, wenn weite Teile der Welt unbewohnbar werden, weiter steigen.

Was ist also zu tun? Die Freisetzung von Treibhausgasen muß in den kommenden Jahren umfänglich reduziert werden, insbesondere die von Kohlendioxid, dem bedeutendsten anthropogen erzeugten Treibhausgas. Zur Einhaltung des Zweigradziels sollte laut Zwischenstaatlichem Ausschuß für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) bis zum Jahr 2030 die Emission von Kohlendioxid um 25 Prozent gegenüber dem Ausstoß von 2010 reduziert werden. Weiter sollten bis 2070 die Emissionen auf Null gebracht werden. Bei einer Begrenzung der Erderwärmung bis Ende dieses Jahrhunderts auf 1,5 Grad Celsius wäre eine Abnahme der Emissionen um 45 Prozent bis 2030 und das Erreichen der Nullemission bis 2050 erforderlich. Dies kann nur über eine Erhöhung der Nutzungseffizienz der Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas und letztlich über deren Substitution durch andere Energiequellen geschehen. Weiterhin muß die Brandrodung der tropischen Regenwälder gestoppt sowie global aufgeforstet werden. Insgesamt muß der Umweltschutz umfassend verstärkt werden, damit eine gesunde Biosphäre die erhöhte Treibhausgaskonzentration überhaupt aufnehmen und binden kann.

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir eine Gesellschaft, der etwas an der Erhaltung ihrer Lebensgrundlagen liegt. Wir brauchen eine Welt, in der nicht der Profit der entscheidende Zweck jedweden Handelns ist. Wir brauchen eine Welt, in der die Naturreichtümer in einer Weise genutzt werden, die allen Menschen dient, einschließlich kommender Generationen, und nicht Schaden für große Teile der Menschheit bedeutet und die Lebensgrundlagen kommender Generationen zerstört. Wir brauchen also eine Welt, in der unsere Zukunft nicht von der Profitmaximierungsstrategie einer Handvoll Kapitalbesitzer abhängt.

Wird uns hierbei eine „CO<sub>2</sub>-Steuer“ helfen, wie sie durch die Mainstreammedien und von einigen Spitzenpolitikern in den

vergangenen Monaten in die Diskussion gebracht worden ist? Was bewirken zum Beispiel die Ökosteuer, die Tabaksteuer, die Sektsteuer, die Energiesteuer, die Kfz-Steuer oder die Mineralölsteuer? Führen diese Steuern etwa dazu, daß signifikant weniger Autos und Lkws fahren bzw. deren Fahrleistung entscheidend zurückgeht? Sorgen die Tabaksteuer oder die Sektsteuer dafür, daß weniger geraucht oder weniger Alkohol getrunken wird?

Es wäre paradox anzunehmen, daß der Staat eine Steuer einführt, die so hoch ist, daß niemand sie mehr entrichten kann. Auch bei der vorgeschlagenen CO<sub>2</sub>-Steuer geht es in erster Linie um das Generieren von Einnahmen. Aber was passiert dann mit diesen Einnahmen? Wie handelt der Staat?

### Zwei Grad oder zwei Prozent

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist zum Beispiel eine Erhöhung der Rüstungsausgaben in den kommenden Jahren auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, womit die Bundesrepublik Deutschland demnächst der Staat mit den weltweit dritthöchsten Rüstungsausgaben hinter den USA und China wäre. Ziel der Bundespolitik sollte aber sein, ernsthafte Anstrengungen zu unternehmen, das Zweigradziel der UNO zu erreichen und nicht das Zweiprozentziel der NATO. Die Konfrontations- und Aufrüstungspolitik der NATO gegenüber

Rußland, China, Iran, Syrien oder Venezuela, kurz das Mittun bei der Konfrontationspolitik gegen die entstehende multipolare Welt, läuft einem verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen und einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Politik zuwider. Klimaschutz und Friedenspolitik ergänzen sich nicht nur, sondern begünstigen sich im weltweiten Handeln für eine verantwortungsvolle Gestaltung unserer Zukunft als Menschheit. Bei den Demonstrationen für den Klimaschutz am Freitag oder auch an anderen Tagen sollte deshalb ein Grundsatz gelten: Klimaschutz statt Aufrüstung!

**Dr. Michael Westphal, Dresden**

### **Die Natur bleibt Grundlage des menschlichen Lebens ...**

*Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.*

*Friedrich Engels (MEW, Bd. 20, S. 453)*

---

## Nicht der Konsum, sondern die Sphäre der Produktion gehört in den Mittelpunkt der Klimadebatte

# Fünf nach zwölf

Im Jahre 1972 erschien die Studie „The Limits to Growth“ des „Club of Rome“. Die von ihr angestoßene Diskussion ließe sich unter der Überschrift zusammenfassen, es sei „fünf vor zwölf“. Ab August 2018 löste die schwedische Schülerin Greta Thunberg mit ihren Sit-Ins vor dem Parlamentsgebäude in Stockholm die „Fridays for Future“-Bewegung aus, an der sich in den Folgemonaten Millionen Menschen beteiligten. In ihren Reden weist Thunberg darauf hin, daß, wenn nicht sofort etwas geschähe, „wir“ – also die Spezies Mensch – eine „irreversible Kettenreaktion jenseits menschlicher Kontrolle auslösen“ würden. Diese führe zum Ende der Zivilisation, wie wir sie kennen. Sie verwendet zwar den Begriff „fünf vor zwölf“ nicht, aber das Muster ist dasselbe: Noch sei es nicht zu spät. Der Vergleich zwischen beiden Ereignissen führt entweder zu der Schlußfolgerung, Dennis Meadows und die anderen hätten 1972 geirrt – es wäre damals dann nicht fünf vor zwölf, sondern bestenfalls halb zwölf gewesen. Oder aber die Uhr ist seitdem stehengeblieben. Oder aber die Argumentationsfigur, der sich sowohl Meadows als auch Thunberg bedienen bzw. bedienen, ist zumindest für eine der beiden falsch. Es spricht vieles dafür, daß Letzteres zutrifft. Die Mehrheit der staatlich angestellten Wissenschaftler, die sich mit den

Gründen der Erderwärmung befassen, führen sie auf Menschenwerk zurück. Ursachenunabhängig ist es Fakt, daß die Durchschnittstemperatur der erdnahen Atmosphäre sich zügig erhöht und das Erreichen des Zieles, sie auf 1,5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen, praktisch nicht mehr möglich ist. Sind tatsächlich die menschlichen Aktivitäten dafür verantwortlich und nicht etwa Veränderungen auf der Sonnenoberfläche, wird sich das nicht abbremsen, sondern beschleunigen: Während in Deutschland heftig um das Abschalten der hiesigen 150 Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von 45 Gigawatt gestritten wird, planen die 120 größten Energiekonzerne der Welt auf diesem Globus zur Zeit den Bau von 1400 neuen Kohlekraftwerken mit einer Gesamtkapazität von 670 Gigawatt – überwiegend in China, Indonesien, Vietnam, Pakistan, Bangladesch, aber auch zum Beispiel in Südafrika. Es sieht also alles danach aus, daß es nicht mehr fünf vor, sondern fünf nach zwölf ist.

### **Grundlegende Funktionsmechanismen**

Den Grund hat wiederum rund 100 Jahre vor Dennis Meadows ein anderer, Karl Marx, gefunden und in seinem bekanntesten Buch, dem „Kapital“, in den Satz gekleidet, die kapitalistische



Produktion werde, wenn sie nicht überwunden würde, die „Springquellen allen Reichtums“ untergraben, die Erde und den Arbeiter“ (MEW 23, Kapitel 13). Weil das nach wie vor stimmt, ist auch eine andere beliebte Denk- und Argumentationsfigur falsch: Häufig wird – auch in linken Zeitungen – geschrieben, es könne ja sein, daß die Naturzerstörung innerhalb des Kapitalismus nicht mehr aufhaltbar sei. Aber weil die Zeit so dränge, müsse die Frage der Umweltzerstörung noch innerhalb kapitalistischer Rahmenbedingungen gelöst werden, sonst würde die Zivilisation untergehen, ohne die es ein Voranschreiten zum Sozialismus nicht geben könne. Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Die Klimaverschiebungen werden nicht nur Länder wie den Iran oder Irak für große Menschenmengen so unbewohnbar machen, wie es jetzt schon die Wüste Sahara ist. Schon zu unseren Lebzeiten werden große Teile Spaniens zur Wüste werden und die dort jetzt noch Lebenden zwingen, ihr Dasein in anderen, grüneren Regionen zu fristen. Die Flüchtlingswelle des Jahres 2015 oder auch die Wahlergebnisse zum Europaparlament 2019, die zum Teil der ungebildet-rohe Reflex angstgetriebener Massen auf diese Flüchtlingswelle waren, sind beide nur das Vorspiel größerer Ereignisse. Es wäre ja gar nicht schlecht, wenn es anders wäre – dann könnten uns ein paar Reformen, Steueränderungen und individuelle Verhaltensweisen retten. Die Wahrheit aber ist: Es wird keine innerkapitalistische Lösung geben. Die 120 Energiekonzerne handeln innerhalb der kapitalistischen Logik folgerichtig. Solange Markt und Tauschwirtschaft das gesellschaftliche Handeln prägen, gibt es keine „Grenze des Wachstums“ außer den dann von der Natur gesetzten. Die Natur wird nicht den Untergang der Menschheit anordnen. Die Inuit auf der einen und die Beduinen auf der anderen Seite beweisen die Anpassungsfähigkeit dieser Spezies zumindest extremen Klimabedingungen gegenüber. Wir befinden uns seit 1989, dem Jahr des Scheiterns des nach der Pariser Kommune zweiten Versuchs, die planende Vernunft anstelle des Handelns „hinter dem Rücken der Produzenten“, also der Tauschwirtschaft, zu setzen, im Epochenbruch. Er führt zu politischen Verhältnissen, die alles bisher Gewohnte umpflügen werden – so oder so.

### Der Ablaßhandel

Jeder, der sich in der Tradition Lenins sieht, kennt eine der Grundvoraussetzungen für das Heranreifen revolutionärer Situationen: Nicht nur die Beherrschten müssen den Willen entwickeln, nicht mehr so weiterleben zu wollen wie bisher – auch die Herrschenden müssen in die Situation geraten, nicht mehr weiter so herrschen zu können wie bisher. An der Klimafrage erleben wir zur Zeit eine erstaunliche Verunsicherung der Herrschenden. Es ist ihnen zwar gelungen, die CO<sub>2</sub>-Emissionsfrage in den Mittelpunkt der ganzen Debatte zu rücken. Aber ein zentrales Mittel dieser Debatte, die Möglichkeit, sich per Kompensationszertifikaten vom schlechten Gewissen freizukaufen, führt in ihren Kreisen selbst zu Zynismus und Resignation. „Die Ablaßhändler“ überschreibt die reaktionäre „Wirtschaftswoche“ am 26. Juli 2019 ihre Titelgeschichte und bringt das weltweit florierende System mit Umweltzertifikaten gekonnt auf den Punkt: „Unternehmen und Verbraucher dürfen am einen Ende der Welt der Umwelt freveln, wenn sie sich am anderen Ende der Welt für den Umweltschutz engagieren, das ist



die Logik des sogenannten freiwilligen Kompensationsmarktes (...). Das gemeinsame Versprechen von Politik, Unternehmen und Gutschriftenverkäufern: Wachstum ohne schlechtes Gewissen, ein klimatisches Nullsummenspiel, vielleicht sogar ein Plus für die Umwelt. Am besten, man stellt sich Zertifikatverkäufer als eine Art Waschmaschine für die kleinen und großen Sünden der westlichen Konsumgesellschaft vor.“ Papst Franziskus, so führt das Blatt den Kronzeugen für den historisch erfolgreichsten Ablaßhandel an, halte das alles für „Heuchelei“. Wolfgang Kaden, ehemaliger Chefredakteur des „Spiegels“ und des „Manager-Magazins“, bilanziert in einem düsteren Artikel in der Juli-Ausgabe des im Springer-Verlag erscheinenden Wirtschaftsmagazins „Bilanz“, daß in dieser Gesellschaft „keinerlei Bereitschaft für eine wirkliche Umkehr“ erkennbar sei, und stellt fest: „Alles, was an Ressourcen und Abgaben eingespart werden könnte, wird durch den offenbar unaufhaltsamen Mehrverbrauch überkompensiert. Ungebrochenes Wachstum ist nach wie vor die Religion dieser Gesellschaft.“ Wenn solche Gedanken nicht nur in systemoppositionellen Organisationen, sondern in den Säulenhallen der kapitalistischen Gesellschaft selbst kreisen, verschwindet jegliche historische Zuversicht aus ihren Tempeln.

### Der 20. September

Die Ökologiebewegung war (und ist) traditionell auch deshalb ein Hort individualistischer Politikansätze, weil in ihr bei Millionen Menschen der Gedanke verfangen hat, die Umwelt könne gerettet werden, wenn jeder für sich vegan esse, Fahrrad statt Auto fahre oder Bio-Lebensmittel einkaufe. Es liegt auf der Hand, daß eine derart individuelle Lösung beispielsweise für die Frage von Krieg und Frieden nicht möglich ist – für die Rettung des Klimas schien das lange Zeit eine Art Königsweg. Die Dortmunder Konferenz der „Fridays for Future“-Bewegung (Anfang August 2019) hat nicht nur die Notwendigkeit des gesamtgesellschaftlichen, gesetzlichen – also kollektiven – Handelns in den Mittelpunkt ihrer strategischen Diskussionen gerückt. Allein das schon wäre ein Schritt nach vorne heraus aus dem Gedankengefängnis des Individualismus, in dem selbst fortschrittliche Menschen seit dem Siegeszug des sogenannten Neoliberalismus („So etwas wie eine Gesellschaft gibt es nicht“ – Margaret Thatcher) gefangen sind. Die Konferenz ist aber noch einen Schritt weitergegangen,

indem sie für Freitag, den 20. September, dazu aufrief, nicht nur Schulen, sondern auch Betriebe zu bestreiken. Damit geschieht – wenigstens potentiell und in der Perspektive – zweierlei: Einmal werden die Gewerkschaften in die Auseinandersetzungen hineingezogen. Aber mehr noch: Bislang spielen sich die Debatten um Maßnahmen fast ausschließlich in der Sphäre der gesellschaftlichen Konsumtion ab. Gestritten wird um die CO<sub>2</sub>-Steuer, die die Belastungen vor allem für die sozial unteren Schichten erhöhen (und sie nebenher, vielleicht gewollt, in die Arme der AfD treiben würde). Ihre Einführung in Kombination mit den dann wie Karotten für störrische Esel angepriesenen „Belohnungen“ für ökologisch bewußt Lebende verrät nicht nur ein verächtliches Menschenbild, sondern würde unter dem Strich dazu führen, daß die wohlhabenden Mittelschichten (von den wirklich Reichen ganz zu schweigen) mit den CO<sub>2</sub>-Steuern, die Hartz-IV-Empfänger und Geringverdiener abdrücken, ihre Eigenheimfassaden steuerbegünstigt ökologesanierten könnten und als Zusatz-Bonbon von oben auf die unteren Klassen herabschauen könnten. Aber selbst die Alternativforderungen – beispielsweise nach Verbot von Inlandflügen oder mehr Anreizen für den öffentlichen statt individuellen Personenverkehr – zielen auf die Konsumenten und ihr Verhalten. Völlig jenseits der gegenwärtigen Diskussion liegt aber die Sphäre, die in den Mittelpunkt aller Debatten gehört, wenn wir einen grundlegenden Wechsel für eine andere Lebensweise erreichen wollen: der Bereich der Produktion. Ihn



nicht nur indirekt über steuerliche oder andere marktwirtschaftliche Hebel zu beeinflussen, sondern durch gemeinsame demokratische Planung zu bestimmen, was wir als Gemeinschaft wie produzieren – das wird auch für die Klimafrage mehr und mehr eine zentrale Forderung.

### Selbstkritik

Es gibt keine andere Perspektive als den Sozialismus, also die weltweite Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die gesamtgesellschaftliche Planung ihres Einsatzes auf der Basis von kommunalen Assoziationen freier Produzenten. Die sich an Marx, Lenin und Luxemburg orientierende Linke wird sich aber zu der von ihnen schon einmal erklommenen Höhe der Erkenntnis hinsichtlich der Gleichwertigkeit von Arbeit und Natur als den beiden Quellen all unserer Reichtümer – nicht nur der materiellen – hinaufzuarbeiten haben. Das geht nicht ohne Selbstkritik. Völlig konzentriert auf die Beseitigung der Armut für die Arbeitenden, war die Praxis des großen Versuchs von 1917 bis 1989 eben auch geprägt von einer Geringschätzung der Marxschen Warnung, die Menschen seinen „nicht Eigentümer der Erde“, sondern nur ihre Nutznießer, und sie hätten „sie als boni patres familias“ (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen“. Es reicht nicht, wie im 20. Jahrhundert für viele Jahrzehnte gelungen, an die Spitze des Kampfes um die Würde der Arbeit zu kommen. Die Linke muß, will sie nicht versagen, auch an die Spitze des Kampfes um unsere natürlichen Lebensgrundlagen kommen. Zu bekämpfen ist die verlogene Scheinlösung, nur Antriebsysteme in den Millionen Autos zu ersetzen. Um aber die Produktionsweise selbst in den Blick zu rücken, gehört in den Forderungskatalog auch das Beenden des Wahnsinns, daß für jeden Bundesbürger pro Jahr fünf Tonnen Güter exportiert und acht importiert werden – also die Umkehr der Globalisierung und die Erzwingung konsequent regionalisierter Wirtschaftskreisläufe auf der Basis kommunalen Eigentums und gesamtgesellschaftlicher Planung.

**Manfred Sohn**

(Aus: UZ, 20. September 2019)

---

## Das Klima retten, nicht die Konzerne!

Ob CO<sub>2</sub>-Steuer oder eine Ausweitung des Handels mit Verschmutzungsrechten, ob höhere Kaufprämien für E-Autos oder staatlich garantierte Zinsen für „Öko-Anleihen“ – was das sogenannte Klimakabinett unter Kanzlerin Angela Merkel auch beschließen wird: Es greift meilenweit zu kurz und lenkt von dem ab, was eigentlich nötig wäre. Die Klimakrise läßt sich nicht „marktkonform“ in den Griff bekommen, sie ist selbst Ausdruck des größten Marktversagens der Menschheitsgeschichte. Wir haben wahrscheinlich nur noch rund zehn Jahre Zeit, um jenen Hebel zu ergreifen und umzulegen, der das neoliberale Korsett sprengt, das seit Jahrzehnten eine ernsthafte Politikwende verhindert. Die regierenden Parteien scheinen unwillig und unfähig, das zu begreifen. Statt die

Hauptverursacher der Klimakatastrophe ins Visier zu nehmen, wollen sie ein wenig an der Preisschraube drehen – was wirkungslos verpuffen oder all jene in Bedrängnis bringen wird, die in schlecht isolierten Wohnungen leben oder jenseits der Ballungsgebiete auf ein Auto angewiesen sind. Wohin Letzteres führen kann, ließ sich in Frankreich beobachten: Dort entzündete sich im Herbst 2018 mit der Bewegung der „Gelbwesten“ (Gilets jaunes) ein Volksaufstand an der geplanten Erhöhung der Steuern auf Diesel bzw. Benzin um sechs bzw. drei Cent, nachdem die Lebenshaltungskosten schon im Jahr zuvor stark gestiegen waren.

War die Klimaschutzpolitik der französischen Regierung für die Proteste der „Gelbwesten“ verantwortlich, wie US-Präsident





Trump sofort unterstellt hat? Blockieren egoistische „Prols“, die sich um die Umwelt nicht scheren, den dringend nötigen ökologischen Umbau? Schaut man genauer hin, wird das Gegenteil deutlich: Würde man den Forderungskatalog der „Gilets jaunes“<sup>1</sup> umsetzen, ließe sich der Klimawandel stärker bremsen als mit sämtlichen Maßnahmen, die aktuell von Union, SPD oder Grünen in die Debatte gebracht werden. Insofern lohnt es, sich die wichtigsten Forderungen der französischen Bewegung in Erinnerung zu rufen und auf ihre klimapolitische Bedeutung auch in Deutschland hin abzuklopfen. Auszüge aus ihnen sind hier jedem Kapitel vorangestellt.

### **Weg mit der Schuldenbremse!**

*„Ende der Austeritätspolitik. Einstellung der Zinszahlungen auf Schulden, die illegitim geschätzt wurden. Beginn der Schuldentilgung, ohne das Geld den Armen und weniger Armen zu nehmen, sondern indem wir die 80 Milliarden Euro aus hinterzogenen Steuern aufspüren: Frankreich spart nicht, sondern gibt mehr Geld aus.“ – „Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose.“*

Die sogenannte Schuldenbremse ist ein Klimakiller und eine kaputtgesparte Infrastruktur eine der größten Lasten, die man künftigen Generationen aufbürden kann. Wir brauchen ein gewaltiges Klimarettungsprogramm, um die drohende Klimakatastrophe noch abzuwenden. Geld ist im Prinzip genug da: Es kann über eine Vermögensabgabe und die Schließung von Steuerschlupflöchern bei den Millionären geholt oder von Zentralbanken geschaffen werden. Schließlich wurden auch Banken und Versicherungen in der letzten Wirtschaftskrise mit Billionen an Steuer- und Notenbankgeld gerettet. Doch statt die Finanzkonzerne im Gegenzug zu einer ökologischen und sozialen Kreditvergabe zu verpflichten, hat man zugelassen, daß sie über den gigantischen Steuerbetrug „Cum-Ex“ noch weitere zig Milliarden aus den Staatskassen rauben. In den USA kämpfen Politiker wie Bernie Sanders oder Alexandria Ocasio-Cortez für einen „Green New Deal“, für ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm im Umfang von 16,3 Billionen US-Dollar bis zum Jahr 2050. Damit sollen die Energieversorgung und das Transport- und Verkehrswesen

bis 2030 auf erneuerbare Ressourcen umgestellt und sämtliche Wirtschaftszweige bis 2050 klimaneutral umgebaut werden – bei Schaffung von 20 Millionen Arbeitsplätzen.<sup>2</sup> Vergleichbare Investitionsprogramme wären auch für Europa und Deutschland nötig. Mit den von der Bundesregierung in Aussicht gestellten 40 Milliarden bis zum Jahr 2023 wird man die vereinbarten Klimaziele nicht erreichen. Nötig wären jeweils höhere zweistellige Milliardenbeträge, um den öffentlichen Nah- und Fernverkehr auszubauen und die Tickets billiger zu machen, um Strom und Wärme bis 2030 komplett aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, um ausreichend bezahlbare und energieeffiziente Wohnungen zu schaffen, um Wälder aufzuforsten und die Landwirtschaft ökologisch und sozial umzubauen, um klimafreundliche Technologien zu entwickeln und durchzusetzen und um einen Teil der Klimaschulden gegenüber ärmeren Ländern zu begleichen.

### **Wohnortnahe Infrastruktur ausbauen**

*„Förderung von kleinen Unternehmen und Geschäften in den Dörfern und Innenstädten. Keine weitere Konstruktion von großen Gewerbegebieten an den Rändern der Großstädte, die den Einzelhandel ersticken.“ – „Keine weiteren Schließungen von Bahnlinien, Postämtern, Schulen und Geburtskliniken.“*

Wer CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrsbereich reduzieren will, muß für eine wohnortnahe Infrastruktur sorgen und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erheblich ausbauen. Erst wenn Menschen ihre Arbeit sowie Geschäfte, Schulen, Kitas, Ämter oder Ärzte zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV gut erreichen können, werden sie auf ihr Auto verzichten. Immer mehr Beschäftigte legen immer weitere Strecken zurück, um zur Arbeit zu gelangen. Um diesen Trend umzukehren, müssen Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten sowie bezahlbare Wohnungen in den Ballungszentren geschaffen werden. Wir brauchen eine Stadt-, Regional- und Verkehrsplanung, die eine weitere Zersiedlung ebenso verhindert wie die Entstehung von „Betonwüsten“ in den Städten, die für Einkaufsmöglichkeiten in Dörfern und Innenstädten sorgt



Fridays-for-Future-Protest in New York

und wichtige Dienstleistungen besser an den ÖPNV anbindet und in fußgängerfreundliche Bereiche verlegt.

### **Neoliberale Handels- und Investitionsabkommen stoppen!**

*„Schutz der französischen Industrie. Standortverlagerungen verbieten.“*

Die Internationalisierung von Wertschöpfungsketten wurde zu weit getrieben. Umfangreiche Restrukturierungen und Standortverlagerungen durch große Konzerne haben zu einer Vervielfachung der Transportwege und damit zu einer Explosion klimaschädlicher Emissionen beigetragen. Nach einer österreichischen Studie ließen sich klimaschädliche Emissionen um die Hälfte reduzieren, wenn mehr Güter im Inland erzeugt würden.<sup>3</sup> Leider ist eine Politik, die regionale Produzenten und Wirtschaftskreisläufe fördert, mit den geltenden internationalen Handels- und Investitionsabkommen sowie den neoliberalen „Grundfreiheiten“ des EU-Binnenmarkts nicht vereinbar. Diese Verträge verschaffen den Interessen großer Konzerne systematisch Vorrang – zu Lasten von Beschäftigten und Verbrauchern, auf Kosten von Umwelt und Gesundheit. Daher sollten diese Verträge ignoriert bzw. durch bessere ersetzt werden. Die EU-Handelsabkommen mit Kanada (CETA) oder dem Mercosur, die hiesige Märkte für extrem klimaschädliches Fracking-Gas oder Gen-Soja öffnen sollen, damit deutsche Konzerne im Gegenzug noch mehr ihrer dreckschleudernden Autos oder Pestizide exportieren können, müssen gestoppt werden.

### **Öffentliche Investitionen in Zukunftstechnologien**

*„Beendigung des Programms der Steuergutschriften für die ‚Förderung des Wettbewerbs und der Beschäftigung‘ (französisch CICE – es handelt es sich um Steuererleichterungen für Unternehmen, Anm. d. Verf.). Dieses Geld soll zur Förderung einer französischen Wasserstoffautoindustrie eingesetzt werden (die im Gegensatz zu Elektroautos wirklich ökologisch ist).“*

Nötig ist nicht nur ein zukunftsfähiges Handels-, Finanz- und Investitionsregime. Auch die Entwicklung neuer Technologien, die Durchsetzung von wichtigen Innovationen bzw. die allgemeine Entfaltung der Produktivkräfte dürfen nicht länger

privaten Konzernen überlassen werden. Um es mit einem Beispiel zu verdeutlichen: Obwohl die Gesundheitsgefahren durch antibiotikaresistente Keime extrem gewachsen sind, haben die großen Pharmakonzerne die Forschung an neuen Antibiotika eingestellt – ganz einfach weil es sich für sie nicht rentiert! In vergleichbarer Weise wird auch die Herstellung langlebiger Produkte, werden Alternativen zum motorisierten Privatverkehr, Ökogenossenschaften oder Mieterstromprojekte von Konzerninteressen blockiert. Forschung und Wissenschaft müssen daher von Konzernen unabhängiger werden. Wir brauchen mehr demokratische Planung und eine ökologische Industriepolitik – statt einer EU-Wettbewerbspolitik, die blind ist für soziale und ökologische Aspekte. Eine klimaneutrale Wirtschaft entsteht nicht von allein oder allein durch Förderung kleiner Projekte oder Start-Ups. Nötig wären jetzt umfangreiche öffentliche Investitionen zur Erforschung und Durchsetzung von Technologien, die uns von fossilen und seltenen Rohstoffen unabhängig machen. Da E-Autos mit ihren Batterien keine echte Alternative darstellen, kommt der Nutzung von Wasserstoff als Kraftstoff und Energiespeicher dabei wohl eine zentrale Rolle zu.

### **Privatisierungen stoppen – Energiekonzerne in öffentliche Hand!**

*„Seit der Privatisierung sind die Preise für Gas und Strom gestiegen, wir fordern, daß beides wieder öffentlich wird und die Preise entsprechend gesenkt werden.“ – „Verbot des Verkaufs staatlicher Grundstücke und Einrichtungen (etwa Flughäfen).“*

Sinkende Preise, flächendeckende Versorgung, besserer Service, weniger Bürokratie? So gut wie nichts davon wurde durch die Privatisierung und Deregulierung von ehemals öffentlichen Dienstleistungen erreicht. Im Gegenteil: Die formelle Privatisierung der Deutschen Bahn im Jahr 1994 und der Versuch, den Bahn-Konzern an die Börse zu bringen, hatten ruinöse Folgen: Das Schienennetz wurde seit 1994 um 17 Prozent ausgedünnt, jede zweite Weiche wurde stillgelegt, das Angebot an Fernzügen um mehr als 20 Prozent verringert. Immer mehr Züge sind unpünktlich, weil die Instandhaltung vernachlässigt wurde und die unsinnigen Vorgaben von Bahnmanagern und privaten Beratern, der Wildwuchs von Teil- und Tochterunternehmen der Bahn in Kombination mit der Konkurrenz zu anderen Anbietern ein heillooses Chaos gestiftet haben. Auch für Telekommunikationskonzerne lohnt es sich nicht, in ein gutes, flächendeckendes Netz zu investieren, auch deshalb bewegt sich die Bundesrepublik bei der Mobilfunkabdeckung inzwischen auf dem Niveau eines Entwicklungslandes. Im Postbereich drücken konkurrierende Unternehmen mit ihren jeweiligen Subunternehmen gnadenlos die Löhne, wird eine Vielzahl von Lieferanten in ein und dieselbe Straße geschickt, um Päckchen oder Pakete abzugeben. Klimapolitisch besonders fatal ist jedoch die Entwicklung im Energiebereich, wo sich aktuell eine Großfusion vollzieht: RWE übernimmt das Erzeugungsgeschäft von Eon, dafür schluckt Eon die RWE-Tochter Innogy und steigt damit zum Vertriebs- und Netzchampion auf. Künftig wird jeder zweite deutsche Verbraucher über das Netz von Eon seinen Strom beziehen.



Der Einfluß großer Konzerne auf die Netze und damit auf die Frage, wie schnell die Energiewende vorankommt und wer von ihr profitiert, wird noch größer und schädlicher sein – für Verbraucher wie für Stadtwerke oder Energiegenossenschaften. Sozial wie ökologisch spricht alles dafür, alle wichtigen Dienstleistungen, die auf Netzen basieren, in die öffentliche Hand zu überführen. Da auch Staatskonzerne nicht automatisch klimafreundliche Politik betreiben, muß die Geschäftspolitik durch entsprechende Gesetze und Vorgaben gelenkt und demokratisch kontrolliert werden. Im Energiebereich muß die Rekommunalisierung der Netze durch Stadtwerke vorangetrieben werden.

### **Gegen Konzernmacht – für Steuergerechtigkeit**

*„Die großen Konzerne (McDonald's, Google, Amazon, Carrefour) sollen bei der Besteuerung großes Geld bezahlen, die kleinen Unternehmen (Handwerker, kleine und mittlere Betriebe) sollen kleines Geld zahlen.“*

Große Konzerne schädigen das Klima in stärkerer Weise, sie streichen mehr staatliche Subventionen ein und zahlen hierzulande rund 30 Prozent weniger Steuern als kleine und mittelständische Unternehmen. Vor allem große IT-Monopolisten wie Google, Facebook oder Amazon zahlen in der EU kaum Steuern – im Schnitt nur 9,5 Prozent. Allein der Marktwert der fünf größten Internetgiganten liegt an der Börse bei mehr als vier Billionen US-Dollar. Diese Konzerne schöpfen immense Profite aus ihrer monopolartigen Stellung und der Ausbeutung unserer Daten. Es ist höchste Zeit, daß diese Monopolmacht gebrochen wird und der enorme Reichtum an Kapital und „Big Data“ für gemeinnützige Zwecke wie den Kampf gegen den Klimawandel verwendet wird.

### **Gebäude sanieren – Mieten deckeln – Immobilienkonzerne vergesellschaften**

*„Umfassender Plan zur (Energie-)Isolierung der Wohnungen (den Umweltschutz mit Einsparungen für die Haushalte verbinden).“ – „Begrenzung der Mieten. Mehr bezahlbaren Wohnraum. Besonders für Studenten und prekär Beschäftigte.“*

Auf Gebäude entfallen rund 30 Prozent aller CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland. Das Ziel, bis 2020 40 Prozent der Emissionen – im Vergleich zu 1990 – im Gebäudebereich einzusparen, wird die Bundesregierung deutlich verfehlen. Noch immer entstehen Neubauten mit Ölheizungen und ohne Solaranlage, wird zu wenig in nachhaltige Wärmetechnik investiert. Vor allem in den Städten werden massenhaft Mieterinnen und Mieter verdrängt, weil Eigentümer nach einer Gebäudesanierung die Miete stark anheben. Wird wegen der gravierenden Wohnungsnot ein Mietendeckel erlassen wie in Berlin, drohen die Eigentümer damit, die Investitionen in die Sanierung und Modernisierung drastisch zurückzufahren.

Aus diesem Teufelskreis kann nur ein umfassender staatlicher Plan herausführen, der nötige Sanierungen mit Einsparungen für die Mieterinnen und Mieter verknüpft. Genossenschaften und kleine Immobilienbesitzer müßten

langfristige zinslose Kredite oder Zuschüsse für die ökologische Sanierung erhalten. Große Immobilienkonzerne, die sich weigern, nötige Investitionen zu tätigen, sollten vergesellschaftet werden – zumindest aber sollten öffentliche Kredite für die Sanierung zu entsprechenden öffentlichen Eigentumsanteilen und Mitspracherechten führen. Darüber hinaus muß die öffentliche Hand selbst ganz erheblich in bezahlbare, klimaneutrale Neubauten investieren, und dazu muß auch die Finanzlage der Kommunen deutlich gestärkt werden.

### **Förderung des Schienenverkehrs**

*„Förderung des Gütertransports auf Schienen.“ – „Besteuerung von Schiffsdiesel und Kerosin.“*

Obwohl Flugreisen besonders klimaschädlich sind und die Schifffahrt im Transportbereich der mit Abstand größte Umweltverschmutzer ist, sind ausgerechnet Kerosin und Schiffsdiesel von Steuern befreit. Es gibt auch keinerlei Anreize, die enorm steigenden Emissionen aus dem grenzüberschreitenden Flug- und Containerverkehr zu reduzieren, denn sie werden keinem Nationalstaat zugeschrieben, und somit ist keine Regierung für deren Senkung verantwortlich.

Seit Jahrzehnten wird der Schienenverkehr im Vergleich zum Luft-, Schiffs- oder Lkw-Verkehr drastisch benachteiligt: Die Bahn zahlt Ökosteuer, Stromsteuer, Erneuerbare-Energien- bzw. EEG-Umlage, Schienenmaut, sie muß für den Unterhalt des Streckennetzes sowie für CO<sub>2</sub>-Zertifikate im Emissionshandel komplett aufkommen, bei ihr gibt es strengere Regreßpflichten als bei Flügen oder im Flixbus, und bei grenzüberschreitenden Bahnreisen werden für den deutschen Streckenanteil 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig – im Vergleich zu null Prozent bei internationalen Flügen. Wenn die Politik nicht endlich eine klare Weiche für den Schienenverkehr stellt, wird man die Klimaziele im Verkehrssektor nie erreichen.

### **Soziale Ungleichheit bekämpfen**

*„Mindestlohn von 1300 Euro netto.“ – „Keine Rente unter 1200 Euro (monatlich).“ – „Stärkere Progression bei der Einkommenssteuer.“ – „Das maximale Gehalt soll auf 15 000 Euro monatlich festgelegt werden.“ – „Die Anzahl der befristeten Arbeitsverträge für große Unternehmen muß weiter begrenzt werden. Wir wollen mehr unbefristete Arbeitsverträge.“ – „Einheitliches Sozialversicherungssystem für alle (inklusive Handwerker und kleiner Selbständiger).“*

Wer den Klimawandel stoppen will, muß die wachsende soziale Spaltung bekämpfen. Unser Planet kann sich keine Millionäre und Milliardäre mehr leisten. Nach einer Schätzung von Oxfam stößt das reichste ein Prozent der Weltbevölkerung rund 175mal soviel CO<sub>2</sub> aus wie die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung, auf die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung entfällt rund die Hälfte aller CO<sub>2</sub>-Emissionen, bei der ärmeren Hälfte dagegen sind es nur zehn Prozent. Nach Schätzungen des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung erzeugen die einkommensstärksten



20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland vier- bis fünfmal so viel Emissionen wie die ärmeren 20 Prozent.<sup>4</sup> Klimapolitisch sinnvoll wären daher Obergrenzen für Einkommen und Vermögen, für Immobilienbesitz (bzw. den Verbrauch an Fläche pro Kopf) oder die Anzahl von (Fern-)Flügen. Auf der anderen Seite brauchen wir deutlich höhere Löhne, flächendeckende Tarif- und unbefristete Arbeitsverträge, eine Mindestrente und Grundsicherung, von der man in Würde leben kann. Ärmere Haushalte brauchen mehr Geld, damit sie sich langlebige Produkte und gesunde Lebensmittel leisten können. Aber es geht nicht nur um die ärmere Hälfte der Bevölkerung, denn Abstiegs- und Existenzängste breiten sich wie ein Krebsgeschwür auch in den Mittelschichten aus. Nötig sind solidarische Sozialversicherungen, in die auch Beamte und Selbständige einzahlen und die alle Lohnabhängigen vor sozialem Absturz schützen. Ohne einen starken Sozialstaat, ohne mehr soziale Sicherheit werden noch mehr Menschen den bevorstehenden strukturellen Umbrüchen mit Angst und Abwehr begegnen.

### **Kürzer arbeiten, mehr Zeit für andere(s) haben**

*„Rente mit 60 Jahren. Alle Personen, die körperlich schwer arbeiten (beispielsweise Maurer oder Schlachthausarbeiter), sollen das Recht haben, ab 55 Jahren in Rente zu gehen.“*

Wir können Zeit gewinnen, indem wir Zeit gewinnen. Zeit für andere, für unsere Familie und unsere Freunde, aber auch Zeit für uns selbst, für Tätigkeiten, die uns sinnvoll erscheinen oder einfach nur Spaß machen. Das Kapital raubt unsere Zeit, um Mehrwert für wenige zu schaffen. Wie die Ressourcen unseres Planeten wird auch die Arbeitskraft etlicher regelrecht „verheizt“, bis sie körperlich krank oder seelisch ausgebrannt sind. In vielen Berufen – nicht nur auf dem Bau oder in der Fleischverarbeitung – ist es kaum möglich, unbeschadet bis zur Rente durchzuhalten. Wer körperlich schwer oder unter belastenden Bedingungen (Schichtarbeit oder ähnliches) arbeiten muß, sollte daher früher in Rente gehen dürfen. Wer Kinder oder pflegebedürftige Menschen betreut, sollte kürzer arbeiten und längere bezahlte Auszeiten nehmen können. Im Kapitalismus wird der technische Fortschritt kaum dazu genutzt, die gesellschaftliche Arbeitszeit zu verkürzen und fair umzuverteilen. Statt dessen gibt es massenhaft offene und verdeckte Arbeitslosigkeit, sind viele Mütter in der Teilzeitfalle gefangen. Gleichzeitig werden pro Jahr in Deutschland rund zwei Milliarden Überstunden geleistet, die Hälfte davon unbezahlt. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 32 Stunden würde uns nicht nur mehr persönliche Freiheit verschaffen, sondern auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Soziologin Juliet Schor hat geschätzt, daß eine Reduzierung der Arbeitszeit um zehn Prozent den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 15 Prozent senken könnte.<sup>5</sup> Schließlich kostet es auch mehr Zeit, mit dem Rad statt mit dem Auto, mit der Bahn statt mit dem Flugzeug zu fahren, Dinge zu reparieren statt neu zu kaufen, gesund zu kochen, statt Fertigfraß in die Mikrowelle zu schieben usw. Wir könnten viel Lebensqualität gewinnen, wenn wir nachhaltiger produzieren und arbeiten würden – allerdings sind Bioprodukte aus

nachhaltiger Produktion auch teurer. Daher muß die Verkürzung von Arbeitszeiten mit Umverteilung einhergehen, muß zumindest bei schlechter bezahlten Tätigkeiten ein voller Lohnausgleich durchgesetzt und das soziale Netz so ausgebessert und neu geknüpft werden, daß niemand durch seine Maschen fällt.

### **Fazit**

Die „Gelbwesten“ waren und sind eine soziale Protestbewegung, mit Klimapolitik hatten die meisten Aktivisten wohl wenig am Hut. Trotzdem drehen viele ihrer Forderungen an Stellschrauben, an denen gedreht werden muß, wenn die drohende Klimakatastrophe noch abgewendet werden soll. Insofern müssen die „Gelbwesten“ keine Klimaaktivisten werden, denn sie sind es schon. Die Klimakrise birgt das Potential, viele einzelne Anliegen zu verbinden, unterschiedliche Protestbewegungen zu einer Massenbewegung zusammenzuführen und dieser eine wissenschaftlich fundierte Dringlichkeit und damit auch eine notwendige Radikalität zu geben. Nie zuvor hing soviel davon ab, ob dieses Potential auch realisiert werden kann.

Die Herrschenden werden alles daransetzen, uns zu spalten, die soziale Frage gegen den Klimaschutz auszuspielen, die Kosten der bevorstehenden Umbrüche und Krisen auf uns abzuwälzen. Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes werden sie einerseits versuchen, weitere Geschenke an Konzerne und Besserverdienende zu verteilen. Oder sie greifen soziale Ängste auf, um den nötigen Wandel hinauszuzögern. Auch wenn es ein paar gute Argumente für eine CO<sub>2</sub>-Steuer gibt – man sollte darauf nicht fokussieren, sondern auf die viel wichtigeren ordnungspolitischen Stellschrauben verweisen und ganz grundsätzlich die Systemfrage aufwerfen. Denn strategisch ist die Debatte über CO<sub>2</sub>-Bepreisung ein einziges Minenfeld, da es berechtigte Sorgen gibt, daß wieder einmal nur den einfachen Leuten in die Tasche gegriffen werden soll. Mit falschen Schritten läuft man Gefahr, daß noch mehr Menschen in die Arme der Rechten getrieben werden, die den menschengemachten Klimawandel für „Fake News“ halten – und mit solchen Leuten am Ruder werden wir ganz sicher in der Barbarei landen.

**Lydia Krüger**

*(Aus: „junge Welt“, 20. September 2019)*

*Lydia Krüger ist Soziologin und Politologin. Sie arbeitet für die Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Sahra Wagenknecht, und ist Mitglied im BundessprecherInnenrat der Strömung Sozialistische Linke der Partei Die Linke.*

### **Anmerkungen**

- 1 Vgl. [www.stern.de/politik/ausland/frankreich--das-sind-die-forderungen-der-gelbwesten-8479118.html](http://www.stern.de/politik/ausland/frankreich--das-sind-die-forderungen-der-gelbwesten-8479118.html)
- 2 Vgl. <https://berniesanders.com/en/issues/green-new-deal/>
- 3 WKÖ-Studie zeigt auf: Reindustrialisierung in Österreich hilft Weltklima. Vgl. <https://news.wko.at/news/oesterreich/WKOe-Studie-zeigt-auf-Reindustrialisierung-in-Oesterreich.html>
- 4 Vgl. Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (2018): Eckpunkte einer CO<sub>2</sub>-Preisreform für Deutschland, S. 19
- 5 Juliet B. Schor: Sustainable Consumption and Worktime Reduction. Vgl. <https://pdfs.semanticscholar.org/fc65/bd58e8f1f2ef10667f98f0aa24fda54e9d6.pdf>



Das NATO-Militär gehört zu den größten Umweltverschmutzern

## Profi-Klimakiller

Die derzeitige Stellvertretende NATO-Generalsekretärin Rose Gottemoeller beteiligte sich Ende August an einem informellen Treffen der EU-Verteidigungsminister in Helsinki. Besprochen wurde dort auch der Klimawandel – jedoch lag der Fokus auf den Auswirkungen der Erderwärmung auf die „Sicherheit“ der NATO-Mitgliedstaaten und ihrer Partner. Fünf Wege zur Eindämmung des Klimawandels zeigte sie auf: „Strategische Analyse, Unterstützung für wissenschaftliche Zusammenarbeit, Steigerung der Energieeffizienz und des Umweltschutzes im Militär, Resilienzaufbau bei Naturkatastrophen und Fähigkeitsplanung.“ Doch die NATO als größtes Militärbündnis weltweit mit ihrer stetigen Einübung von Kriegen, ihrer globalen Kriegslogistik und den regelmäßigen Kriegseinsätzen kann auch mit einer „Steigerung der Energieeffizienz“ wenig an der schlechten Klimabilanz von Kampfjets, Kriegsschiffen und Bomben ändern. Erst vor kurzem, im Juni 2019, belegte eine Studie der Brown University, daß das Pentagon, das heißt das US-amerikanische Militär, als weltweit größter Verbraucher von aus Erdöl hergestellten Treibstoffen auch der größte Erzeuger von Treibhausgasen ist. Allein im Jahr 2017 übertrafen die Treibhausgasemissionen des Pentagons die der Industriestaaten Dänemark oder Schweden. Es überrascht kaum, daß die US-Regierung darauf drängte, die militärbedingten Emissionen aus dem im Jahr 1997 unterzeichneten Kyoto-Protokoll auszuklammern. Die hohen militärbedingten Emissionen erklären sich nicht nur durch die Kriegseinsätze, sondern auch durch ihre fast täglich erfolgende Einübung auf den unzähligen Übungsplätzen der NATO und ihrer Mitgliedstaaten.

Im Jahr 2018 hielt die NATO 103 Militärübungen ab – zusätzlich fanden mindestens 183 Übungen in einem nationalen oder multinationalen Rahmen der NATO-Mitgliedstaaten statt. Eine davon war das in Norwegen abgehaltene Großmanöver „Trident Juncture 2018“, welches als größte multinationale Übung seit Ende des kalten Krieges bezeichnet wird. Eingebunden waren rund 50 000 Soldatinnen und Soldaten aus 29 NATO-Mitgliedstaaten (und aus Schweden und Finnland) sowie etwa 150 Luftfahrzeuge, 70 Wasserfahrzeuge und ganze 10 000 Bodenfahrzeuge. Einen Monat vor Beginn wurden die Fahrzeuge und Truppen unter anderem in den USA, Kanada, Türkei,

Deutschland, Italien und Großbritannien verladen und nach Norwegen transportiert. Dieses Kriegsgerät verbraucht unheimlich viel Treibstoff und erzeugt damit viel Treibhausgas. So produziert eine Flugstunde des Jagdflugzeugs Eurofighter mit 11 Tonnen Kohlenstoffdioxid etwa gleich viel wie durchschnittlich eine in Deutschland lebende Person im gesamten Jahr. Mit diesen unzähligen Übungen gehen häufig Unfälle einher, die in ihrer Konsequenz erheblichen Schaden für die Umwelt und das Klima mit sich bringen können.

Die Bundeswehr verursacht bei ihren Luft-Boden-Schießübungen immer wieder Brände, wie zum Beispiel den Brand auf Sardinien im Jahr 2014, der Proteste gegen die Bundeswehrpräsenz auf der Insel auslöste. Der wochenlange Moorbrand im Emsland im September letzten Jahres setzte ebenfalls enorme Mengen an Treibhausgasen und Feinstaub frei. Bei diesen Unfällen zeigt sich vor allem, daß das Militär den Krieg und die Zerstörung einübt. Dies wird natürlich besonders während der Kriegseinsätze selbst deutlich. Im Jahr 1999 bombardierte die NATO die nahe von Belgrad gelegene Stadt Pancevo – Ziel war dort unter anderem die Raffinerie NIS, die Kunststoff-Fabrik HIPetrohemija und die Düngemittelfabrik HIP Azotara. Wochenlang brannte der leicht entzündliche Treibstoff und verschmutzte die Luft und den Boden langfristig. Zu den Folgen der NATO-Operation „Unified Protector“ in Libyen gibt es erst wenige Studien. Im Jahr 2011 fanden mehr als 26 000 Flüge von rund 250 Kampfflugzeugen der NATO und ihrer Partner statt – mehr als 120 täglich. 42 Prozent dieser Kampfflugzeuge dienten der Bombardierung von rund 6000 Angriffszielen, unter anderem von Munitionsdepots. Hier wurden Tausende Tonnen an Sprengstoff benutzt, die den Boden, das Wasser und die Luft verunreinigten. Während die Bundeswehr und die NATO versuchen, den Klimawandel als sicherheitspolitische Herausforderung darzustellen, die das Militär benötigt, um die Situation unter Kontrolle bzw. den Status quo der wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen zu halten, gehören sie zu den großen Verursachern dieser Klimakatastrophe.

**Jacqueline Andres**

(Aus: UZ, 20. September 2019)



# Ökologie, Klimawandel und Nachhaltigkeit

Wissenschaft zu vermitteln und zu zeigen, was sie für das menschliche Leben bedeutet, ist ein Leitgedanke der Veröffentlichungen von Herbert Hörz. Gerade in der Debatte zum Erdklima, die, wie der Basler Biochemiker Gottfried Schatz schon vor einigen Jahren einmal beklagt hat, so emotional und intolerant geführt wird, „daß sie fatal an die Religionskriege vergangener Zeiten erinnert“ ist es wichtig, daß erfahrene und international respektierte Wissenschaftler wie Herbert Hörz sich zu Wort melden. Als Aufklärer ist ihm jeder Dogmatismus fremd, er nimmt Vermutungen nicht als Beweise.

Die Komplexität des Klimasystems läßt sich nicht allein auf „Treibhausgase“ reduzieren. Schwankungen der Sonnen- und

des Klimawandels für die Reichen und die Armen nachweisen. Deshalb betont Hörz, daß es nicht nur um nationale oder internationale Erfordernisse geht, „sondern auch um die Wirkungen auf verschiedene soziale Schichten. ... Wird Effektivität allein auf Profitmaximierung orientiert, wie es der Kapitalismus als System fordert, bleibt die Humanität auf der Strecke“ (S. 9). Das Vatikanpapier zur Amazoniensynode im Oktober 2019 stimmt in seinen Passagen über die „Ganzheitliche Ökologie. Der Schrei der Erde und der Armen“ mit den wissenschaftlichen Analysen von Hörz überein: „Die eine Front [gegen Amazonien] sind die wirtschaftlichen Interessen der Großindustrie, die nach Öl, Gas, Holz, Gold, agroindustrielle Monokulturen usw. giert.“ Im



Klima-Großdemonstration, Berlin, 20. September 2019

Weltraumstrahlung, Veränderungen in den Strömungen der Weltmeere, Verschiebungen der Kontinente oder die Evolution der Flora haben nachhaltigen Einfluß auf das Erdklima. Dieses hat sich unabhängig vom Menschen über lange Perioden immer wieder verändert. Die mit dem Klimawandel verbundenen globalen Probleme für die Menschheit diskutiert Hörz und stellt die Frage „Wie geht es weiter?“

Die Notwendigkeit der verantwortungsbewußten Gestaltung einer menschenfreundlichen Umwelt hat Hörz seit den 70er Jahren immer wieder beschäftigt. In den „Debatten um Ökologie in der DDR“ ist er, auch wenn es für ihn unbequem war, der „Verpflichtung als Wahrheitssucher“ immer nachgekommen. So hat er in der Diskussion über die Gefahren der Atomenergie argumentiert, daß sozialistische Rahmenbedingungen Naturgesetze nicht außer Kraft setzen, „die Risiken von Kernkraftwerken nicht allein gesellschaftlich determiniert sind und menschliches Fehlverhalten überall auftreten kann“ (S. 142). Als marxistischer Wissenschaftler kennt er keine Brücken der Illusion, die Zerstörung von Illusionen war und ist ihm Notwendigkeit.

„Die Herrschaft des Menschen über die Natur kann sich heute nur vervollkommen, wenn der Mensch auch seine gesellschaftlichen Verhältnisse beherrscht“ (S. 62) – diese Kernaussage hat Hörz 1976 publiziert. Die globalen Probleme im Mensch-Natur-Verhältnis sind in unserer durchkapitalisierten Welt dramatisch angewachsen. Daß die Hauptwurzel aller Übel die Geldgier ist, läßt sich auch in der Frage der Auswirkungen

Austausch mit einem japanischen Wissenschaftler greift Hörz seine „praktischen Erfahrungen mit weltanschaulicher Relevanz“ auf und schildert konkret, wie Umweltverschmutzung, Profitinteressen und ungenügender Gesundheitsschutz unmittelbar zusammenhängen. Besonders die Armen der Welt leiden unter der von Profitgier verursachten Verseuchung und Gewalt bis hin zu den mörderischen Kriegen.

Nach Meinung von Noam Chomsky werden Menschen immer wieder vor ihnen nicht verständliche Mysterien gestellt. Fragen, die wissenschaftlich derzeit nicht zu beantworten sind, werden von Hörz aber nicht religiös beantwortet, er läßt sie offen und fordert eine wissenschaftliche Herangehensweise an die existentiellen Fragen der globalen Menschheitsprobleme. Es muß vorerst unklar bleiben, wie das „Experiment eines sozialistischen Wegs mit Marktwirtschaft“ (S. 173) in China weitergeht, weil die neuen Technologien die Konditionierung des chinesischen Volkes in noch unbekannte Dimensionen zulassen können. Weil der evolutionäre Übergang von der Wirklichkeit des Heute zur Möglichkeit von Morgen erst dialektisch erforscht werden muß, schlägt Hörz vor: „Reale Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklung sind durch materialistische Dialektiker und Gesellschaftstheoretiker neu zu bestimmen, um den Prinzipien Hoffnung und Verantwortung auf eine nachhaltige Entwicklung unter gegenwärtigen Bedingungen gerecht zu werden.“ (S. 173 f.) Ein schöner Hinweis ist, daß Zukunftsvisionen in der utopischen Literatur über wissenschaftlich-technische Entwicklungen,



anthropomorphe Einflüsse auf die Naturprozesse und menschliches Verhalten nicht weit von dem entfernt ist, was Wissenschaft ebenfalls als Möglichkeit betrachtet. Diese Literatur nutze „statt der wissenschaftlichen Begrifflichkeit ästhetische Darstellungen, die emotional aufrütteln“ (S. 174). Hier spiegeln sich vielleicht die langjährigen Aufenthalte von Hörz in der Sowjetunion, wo vielgelesene Literaten wie der Kirgise Tschingis Aitmatow im realen Kontext in die mögliche Zukunft eines neuen Menschen in einer neuen Welt geschaut haben. Literatur kann tatsächlich Wahrnehmung und Verständnis erweitern.

Das Buch von Hörz mit seinen elf Abschnitten läßt sich nicht von der ersten bis zur letzten Seite durchlesen, es muß wiederholt zur Hand genommen werden, um seinen herausfordernden Inhalt erschließen zu können. Dem *trafo*-Verlag von Wolfgang Weist ist zu danken, daß er ein solches Buch, das im Sinne von Karl Marx radikal ist, weil es die menschlichen Fragen radikal stellt und beantworten will, in sein Programm aufgenommen hat. Lenin sagte einmal, daß die wichtigste Eigenschaft des Revolutionärs die Geduld ist. Diese bringt Hörz gewiß auf, und er

gibt trotz der vielen Niederlagen Hoffnung, wenn er in seinem zehnten Abschnitt über „Krisen und Prognosen“ über die Zyklichkeit des Geschehens weiterdenkt: „Denkbar ist ... die mögliche zukünftige Assoziation freier Individuen zur kollektiven Nutzung der Produktivkräfte. Es ist die dialektische Negation der Negation, die Großzyklen ebenso auszeichnet, wie die damit verbundenen Meso- und Mikrozyklen. Es geht um entstehende Möglichkeitsfelder in Ausgangs-, Zwischen- und Endqualitäten von Entwicklungszyklen, die erkannt und gestaltet werden können.“ (S. 171) Hörz ist ein Vorbild für marxistisches, integriertes, unabhängiges und menschenfreundliches Denken. Er kann mit seinem Buch vielen Intellektuellen helfen, das zeitbedingte Gefühl, entfremdet und abgeschnitten zu sein, zu überwinden und den Blick auf eine mögliche humanere Welt beizubehalten.

**Prof. Dr. Gerhard Oberkofler**

*Herbert Hörz: Ökologie, Klimawandel & Nachhaltigkeit. Herausforderungen im Überlebenskampf der Menschheit. Trafo-Verlag, Berlin 2018. 206 Seiten, 19,80 €*

---

## Der Menschheit droht die Selbstzerstörung

Eine bedeutende biologische Gattung ist aufgrund der schnellen und fortschreitenden Beseitigung ihrer natürlichen Lebensbedingungen vom Aussterben bedroht: der Mensch. Wir werden uns jetzt dieses Problems bewußt, wo es fast zu spät ist, es zu verhindern.

Es muß darauf verwiesen werden, daß die Konsumgesellschaften die Hauptverantwortlichen für die grauenhafte Vernichtung der Umwelt sind. Sie entstanden aus den ehemaligen Kolonialmetropolen und der imperialen Politik, die ihrerseits die Rückständigkeit und die Armut verursachten, welche heute die immense Mehrheit der Menschheit geißeln. Sie verbrauchen zwei Drittel des Metalls und drei Viertel der Energie, die auf der Welt erzeugt werden, obwohl sie nur 20 Prozent der Weltbevölkerung darstellen. Sie haben die Meere und Flüsse vergiftet, die Luft verschmutzt, die Ozonschicht geschwächt und Löcher in ihr verursacht, haben die Atmosphäre mit Gasen angereichert, die die klimatischen Bedingungen beeinträchtigen, was katastrophale Auswirkungen hat, die wir schon zu spüren beginnen.

Die Wälder verschwinden, die Wüsten weiten sich aus, Milliarden Tonnen fruchtbarer Erde enden jährlich im Meer. Zahlreiche Arten sterben aus. Der aus dem Bevölkerungszuwachs resultierende Druck und die Armut führen zu verzweifelten Anstrengungen, um selbst auf Kosten der Natur zu überleben. Man kann dafür nicht die Länder der Dritten Welt beschuldigen, die gestern Kolonien waren und heute durch die ungerechte Weltwirtschaftsordnung ausgebeutete und ausgeplünderte Nationen sind.

Die Lösung kann nicht sein, die Entwicklung jener zu verhindern, die sie am meisten brauchen. Wahr ist, daß alles das, was heute zur Unterentwicklung und zur Armut beiträgt, ein offenkundiges Attentat auf die Ökologie ist. Zig Millionen

Männer, Frauen und Kinder sterben als Folge davon jährlich in der Dritten Welt – mehr als in jedem der beiden Weltkriege. Der ungleiche Austausch, der Protektionismus und die Auslandsverschuldung greifen die Ökologie an und fördern die Zerstörung der Umwelt.

Wenn man die Menschheit vor dieser Selbstzerstörung retten will, müssen die Reichtümer und die verfügbaren Technologien des Planeten besser verteilt werden. Weniger Luxus und weniger Verschwendung in einigen wenigen Ländern, damit weniger Armut und weniger Hunger in großen Teilen der Erde herrschen! Schluß mit dem Transfer von umweltzerstörenden Lebensstilen und Konsumgewohnheiten in die Dritte Welt! Das menschliche Leben muß rationaler werden. Es muß eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung durchgesetzt werden. Alle notwendigen wissenschaftlichen Forschungen sollen für eine nachhaltige Entwicklung ohne Umweltverschmutzung eingesetzt werden. Es soll die Umweltschuld bezahlt werden und nicht die Auslandsschuld. Es soll der Hunger verschwinden und nicht der Mensch!

Jetzt, wo die angebliche Bedrohung durch den Kommunismus nicht mehr da ist und keine Vorwände für kalte Kriege, Wettrennen und Militärausgaben bleiben, was hindert daran, diese Mittel sofort dafür einzusetzen, die Entwicklung der Dritten Welt zu fördern und die Gefahr der ökologischen Zerstörung des Planeten zu bekämpfen?

Schluß mit dem Egoismus! Schluß mit dem Vorherrschaftsbestreben! Schluß mit der Gefühllosigkeit, der Unverantwortlichkeit und dem Betrug! Morgen wird es zu spät sein für das, was wir schon lange gemacht haben müßten.

**Fidel Castro**

*Aus einer Rede auf der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro*



Systemwechsel statt Klimawandel!